

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag. Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnstube“. Bezugspreis: Bei den Postämtern vierteljährlich M. 2.40 hin u. tritt noch das Postgeld; bei den Postämtern monatlich 65 Pfg. einschließlich Frachtkosten. Anzeigen: Grundstücke 25 Pfg., lokale 20 Pfg., Anzeigen von auswärtigen werden durch Vorkaufnahme erhoben. Erklärungsart: Anzeigen, Schriftleitung und Verlag: Friedrichs (Helm), Hannoverstraße 12. Fernsprecher 48. Postfach 100. Nr. 1332. Postamt 1. A. M.

Der Entente-Kriegsrat für die Fortführung des Krieges.

Das Ende des Streiks. — Maßnahmen gegen zukünftige Streiks. — 18 000 Tonnen versenkt. Eine Wendung im Osten?

Der deutsche Generalkab meldet:

W. E. G. Großes Hauptquartier, den 4. Februar. Amtlich. Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front Artillerieaktivität, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Hautbauxer Walde und der Les, sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerte.

Westlich von Bellicourt (Belgien) ein harter Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Mündung nördlich von Braye drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Positionen ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Lognoncourt 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und 2 Festballone zum Absturz gebracht.

Östlicher Front.

Zwischen Esch und Glade vielfach Artilleriekampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 4. Febr., abends. (M. B. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalkab meldet:

Wien, 4. Febr. Amtlich wird veröffentlicht:

Zwischen Esch und Glade lebhafter Artilleriekampf. Westlich der Brenna wurden zwei feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Der bulgarische Generalkab meldet:

Sofia, 2. Febr. (M. B.) Generalkab-Bericht.

Mazedonische Front: Zwischen Dobro und Prespa-See im Tschirnobog und südlich von Suma verstärkte sich teilweise das Artilleriefeuer. Westlich des Wacdar mehrere Generärbefehle. Im Süden der Schajpa-Ebene verlagerten wir durch Feuer zwei englische Abteilungen, die sich unseren Posten zu nähern versuchten. In der Ebene, vor unseren Stellungen westlich von Cerres, zerstörte unsere Artillerie mehrere englische Infanterieabteilungen.

Dobrußasfront: Waffenstillstand.

18.000 Tonnen versenkt.

Berlin, 3. Febr. (M. B. Amtlich.) Unterseebootserfolg auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Bretteffektoren.

Die Schiffe waren fast sämtlich tief geladen und wurden zum größten Teil im Verrückland vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Gefechte herausgeschossen. Ramentlich festgestellt konnte der englische Dampfer „Huangroo“ (3063 Bretteffektoren) werden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Saga, 3. Febr. Hier traf eine von neutraler Seite kommende Nachricht ein, daß am 26. Dezember ein großes eisiges Kriegsschiff, das von einigen Torpedojägern begleitet war, in der Nähe des Kriegsschiffes Birch of North auf eine Mine lief und sank.

Gänzlich gelcheitert.

Wid, 4. Febr. Der „Daily Chronicle“ schreibt: Der große italienische Angriff auf die österreichischen Höhenstellungen ist

nach einem vorläufigen Aufsehererfolg gänzlich gescheitert. Selbst die italienischen Zeitungen weisen nur von zurückgebrachten Gefangenen, nicht aber von einem dauernden Stellungsgewinn zu berichten.

Chinesischer Angriff auf ein amerikanisches Kanonenboot.

Saga, 4. Febr. „Daily Mail“ meldet aus Tientsin: Ein Angriff hat stattgefunden auf ein amerikanisches Kanonenboot auf dem Yangtse-Fluß. Sechs oder sieben Amerikaner sind verletzt worden. Man nimmt an, daß ein Heberfall von Banditen oder von plündernden entlassenen Soldaten stattgefunden hat. Die seit Ausbruch der Unruhen zwischen Süchina und den Pekingern Behörden in dieser Gegend jeden Tag stattfinden.

Für den Krieg und gegen den Frieden.

Paris, 4. Febr. In der Zeit vom 30. Januar bis 2. Februar hielt der oberste Kriegsrat unter dem Vorsitz Clemenceaus sieben Vollversammlungen in Versailles ab. Es waren anwesend: für die Vereinigten Staaten: die Generale Bliss und Pershing; für Frankreich: Clemenceau, Vichon und die Generale Foch, Petain und Vergand; für England: Wood George, Lord Milner, General Robertson, Feldmarschall Haig und General Wilson; für Italien: Orlando, Sonnino und die Generale Nitti und Cadorna.

Der oberste Kriegsrat prüfte in sorgfältigster Weise die jüngste Erklärung des deutschen Reichskanzlers und die des österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten und erließ in diesen Erklärungen keinerlei Annäherungen an die von den sämtlichen Regierungen der Alliierten formulierten politischen Bedingungen. Der Eindruck, den der Konflikt zwischen den einseitigen Absichten der Alliierten, deren Verwirklichung die Alliierten von Brest-Litowsk erhofft hatten, und ihre nun offen zu Tage tretende Streben nach Raub und Eroberung, hervorruft, ist nur geeignet, diese Heberzeugung zu bestärken. Unter diesen Umständen erscheint es dem obersten Kriegsrat als seine unumgängliche einzige Pflicht, die Weiterführung des Krieges mit äußerster Energie und durch die kräftige und wirksame Vereinheitlichung der militärischen Arbeit der Alliierten herzustellen. Diese Arbeit wird fortan getan werden müssen, bis sie bei den feindlichen Regierungen und Völkern einen Gehörswortwechsel herbeiführt, der die Aussicht auf einen Frieden bietet, vereinbart unter Bedingungen, die nicht darauf hinauslaufen, daß die sämtlichen Grundzüge, denen zum Triumph zu verhelfen, die Verbündeten entschlossen sind, nämlich die Grundzüge der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Rechte der Nationen dem anstrengenden Militarismus weichen.

Die Entschlossenheit, die der Rat getroffen hat, umfassen nicht bloß alle militärischen Angelegenheiten der Alliierten auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Sie betreffen insbesondere die kräftige und wirksame Vereinheitlichung sämtlicher Unternehmungen im Kampf gegen die Zentralmächte der vereinigten Mächte, unter der Kontrolle des Rates. Die Befugnisse des Rates wurden erweitert und die im November zu Rapallo aufgestellten Grundzüge der politischen Einheit und Einigkeit der Nationen wurden in konkreter und praktischer Weise ausgebaut. Zu allen diesen Fragen ist nach eingehender Erörterung der einschlägigen Politik und der Ausführungsweise eine Einigung erzielt. Vollständiges Einverständnis zwischen den Regierungen und den leitenden Militärpersonen besteht außerdem hinsichtlich der rationellen Durchführung der übereinstimmend gefassten Beschlüsse. Hieraus erwächst uns allen ein höheres Gefühl der Stärke, das bekräftigt wird durch die Einigkeit der Abschnitte.

Die Koalition der Gewissen und des Willens erstreckt als einziges Mittel die Verhängung der zivilisierten Völker. Wider das brutale Verheben der Unterjochung der Welt steht die Gewalttätigkeit des Feindes jene Ruhe entgegen, die der Geist der höchsten und immer neu ergänzten Energie ihr verleiht. Unsere Demokratien haben sich gemeinsam durch unerschütterliche Selbstengebungen ihren Platz in der Geschichte schon jetzt gesichert. Die erste Aufgabe besteht in der Verwirklichung der für die Zukunft vorgesehenen jeden Tag befindet, bekräftigt nicht minder als der prächtige Schein unserer Armeen, welche einen moralischen Sieg der militärischen Endziele der bestehenden Entente glorieus verkünden wird.

Was sagen dazu unsere Hungerleidensmütter?

Ludendorff und Czernin.

Berlin, 3. Febr. Zur Teilnahme an der Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Österreich-Ungarns werden, wie wir erfahren, morgen Staatssekretäre von Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Ludendorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, wird zu Besprechungen in Berlin erwartet.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 4. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk in einem redaktionellen Artikel, der allerdings offiziell inspiriert zu sein scheint, unter anderem: „Die Zeit zum Handeln und zum Besetzen ist nicht mehr allzu lang. Die Mittelmächte müssen Wert darauf legen, daß die Fragen in kurzer Zeit gelöst werden. Wenn man auf der Gegenseite geglaubt hat, bei den Mittelmächten würden sich so starke tuncere Hemmungen entwickeln, daß man ungehindert an der Verkleppungstafel teilhaben könne, so wird die Fehlschicklichkeit dieser Rechnung unterdessen klar geworden sein. Unsere Unterhändler haben die Hände frei.“

Die finnische und polnische Frage in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 3. Febr. Heute vormittag hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Die Besprechungen begannen mit einer Aeußerung des Staatssekretärs von Kühlmann zu der Frage der Einlösung bzw. Inlösung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär erklärte, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in der Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben.

Trotzli führt demgegenüber aus, die Frage der Zugehörigkeit einer Abordnung der polnischen Regierung als Regierung eines selbständigen Staates zu den hiesigen Verhandlungen sei ausgetauscht, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestellt habe, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennt, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu den Verhandlungen jedoch nicht anordnet hätte. Darauf fuhr Trotzli fort: Wir unterrichten erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange an, aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Selbständigkeit nur eine Scheinbare ist, solange Polen unter dem Regime der Belzungen steht. Als bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Verhandlungen können wir eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützt.

In Erwiderung hierauf wies Staatssekretär von Kühlmann zuerst auf die Verhandlungen hin, welche die Vertreter der Mittelmächte bei den Kommissionsabteilungen am 11. und 15. Januar zu dieser Frage abgegeben haben. Insbesondere hienach bemerkte der Staatssekretär, er wisse nicht, warum der Vorhabe der russischen Delegation von den westlichen Randstaaten heute Polen ausgeliefert habe. Die Angelegenheiten der Polen, Litauen und Ausland seien bisher zusammen erörtert worden. Er glaube aber einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Trotzli die Selbständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange anerkannt habe.

In Beantwortung einer vorher gefassten Bemerkung Trotzli, daß die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, erklärte Staatssekretär von Kühlmann, er sei über die Bergänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien ihm von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugekommen, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe.

Graf Czernin schloß sich in der polnischen Frage den Darlegungen Kühlmanns an.

Zur finnischen Frage bemerkte dann Trotzli, die Föderalburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so daß sich damals noch Zeugnisse, die am Kriege teilnahmen, auf finnischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands an Petersburg gewandt habe, habe diese selbst den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abbruch des Krieges zurückgezogen würden, falls es nicht aus militärischen Rücksichten möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Als nun in Finnland die Revol-

ten der Arbeitermassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewandt, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischen möchten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgendwelchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland hätten gehabt. Sei der polnische Staat ein Staat, so müsse er geographische Grenzen haben. Wenn ein Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich.

Auf die Bemerkungen des Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwidern, daß seine Regierung durchaus nicht als Schlichter in dieser Frage auftreten wolle. Sie schlage nur einen Weg für die Nachprüfung der Berechtigung der polnischen Regierung vor.

Zu Erwiderung hierauf bemerkte Graf Czernin, er wolle darauf aufmerksam machen, daß die Delegationen der verhandelnden Mächte nicht hierhergekommen seien, um einen geistigen Ringkampf anzustellen, sondern um zu verhandeln, ob und wie weit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Für Vertreter eines fremden Staates sei es immer sehr schwer, inwieweit eine in einem anderen Staate dort bestehende Regierung zu Recht bestehe. Die Festsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unzweifelhaft.

Staatssekretär von Rühmann fügte hinzu, die zweite Erklärung des Vorsitzenden der russischen Delegation habe gezeigt, daß es schwer sei, ohne den Wortlaut so weit reichender Erklärungen vor sich zu haben, sich ein festes Urteil über das Gesagte zu bilden. Da ein Widerspruch in den Erklärungen eines so gelehrten Staatssekretärs, wie Herr Trocki es sei, ausgeschlossen erscheine, so lasse offenbar ein Mißverständnis von seiner Seite vor. Nun habe aber Trocki in seiner zweiten Erklärung ausgesprochen, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder Staat noch Königreich sei. Es sei allerdings schwierig, die Selbstständigkeit eines Staates anzuerkennen, der gar kein Staat sei. Er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in den Worten verliere, wenn man die Grundlagensätze eines gesunden juristischen Instinkts verläßt. Am Schluß wurde Staatssekretär von Rühmann Mitteilung davon, daß er durch nachweisbare Willkür gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verzehren. Die Zeit, die infolge seiner Abwesenheit für die Sitzungen der russischen Kommission verloren gehe, würde durch Verhandlungen von Nacht zu Nacht zwischen den anderen in Vertretung der verhandelnden Delegationen und der russischen Abordnung sowie durch Arbeiten der Rechts- und Handelskommissionen auszugleichen sein.

Die Sitzung wurde hiermit geschlossen.

Trockijs Politik gegenüber Rumänien.

Amsterdam, 1. Febr. (M.B.). Einem hiesigen Blatte zufolge erklärt die „Times“ aus Petersburg: Trockij erklärte in einem Gespräch mit Vertretern der Presse, daß die russische Republik an Rumänien nicht den Krieg erkläre, sondern nur den rumänischen Gesandten ausgewiesen habe. Trockij sagte, wir führen nur den Bürgerkrieg gegen die rumänischen Generale und die Bourgeoisie, die den Krieg an die russischen Soldaten und unsere demokratischen Einrichtungen an der rumänischen Front erklärt haben. Wir kämpfen nicht mit den rumänischen Arbeitern. Es soll eine demokratische rumänische Regierung mit jeder denkbaren moralischen und materiellen Unterstützung Russlands ins Leben gerufen werden. Wir werden diese Regierung mit dem Geld des in Moskau beschlagnahmten rumänischen Goldes versehen. Mit der alten rumänischen Regierung wird ohne Rücksicht verfahren werden. Wir sympathisieren mit den rumänischen Demokraten in Ausland, aber wir behandeln die Vertreter der rumänischen Bourgeoisie als Geiseln, wenn die rumänischen Generale mit dem Aufmarsch ihrer Truppen fortfahren.

Die Wirren in Rußland.

Der Krieg mit Rumänien.

Berlin, 4. Febr. Bei dem Kampfe zwischen den Russen und Rumänen versuchten drei russische Armeekorps, die rumänisch-russische Grenze zu überschreiten. Nur einem kleinen Teile ist das gelungen. 2000 Russen mit Pferden und Futtermittel haben sich gezwungen, in regelloser Unordnung auf unter Gebiet überzutreten. Der größte Teil der Moskauer Garnison soll mit Kalesin gegen die Volkskrieger vorgehen. In Sibirien fand vor einigen Tagen ein furchtbarer Kampf statt, bei dem es eine Anzahl von Toten gab, die der einer Feldschlacht gleichkommt.

Die Wahrheit aus der Ukraine.

Berlin, 4. Febr. (M.B.). Folgender Jurisprudenz erging am 1. Februar aus dem Reichsamt des Justiz: Die in den Zeitungen erscheinende Nachricht über die oberste Staatsgewalt der Rada in der Stadt Nikolajew, die von Anhängern Lenins, Borschtsin und Genossen eifrig verbreitet wird, ist eine offensichtliche Entstellung, da alle staatlichen Verwaltungsorgane der unabhängigen ukrainischen Republik, wie Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon, Kriegsmarine, Reger und die ganzen Behörden von Snomens bis Cherson vor jedem Anschlag durch die der unabhängigen ukrainischen Republik und der Regierung treuen ukrainischen Truppen sorgsam bewacht werden. Genau so ist die Lage in Cherson.

Erordnung eines russischen Generals.

Das Berliner „Tagblatt“ meldet: General Jassiefich Kommandant des 1. polnischen revolutionären Schützenregiments, wurde von den Bolschewiki auf einschlägige Weise ermordet, weil sich seine Truppen weigerten, gegen die Ukrainer zu marschieren.

Die Pest in Jalta.

Petersburger Zeitungen melden, daß in Jalta die Pestepidemie einen gefährlichen Umfang angenommen hat. Auch in Kauskasien und verschiedenen anderen Teilen Südrußlands herrsche die Seuche.

Blutlage in Helsingfors.

Stockholm, 3. Febr. Wie „Dagens Nyheter“ erzählt, mehrten sich in Helsingfors die Ermordungen der Bürger durch die Roten Garde. Im Reichenhause sind bereits dreißig Leichen aufgefunden. Gestern wurden auf mehreren Straßen Maschinengewehre aufgestellt, das ganze Theater von Helsingfors wurde verwüstet. Unter den von den Roten Garde Erschossenen befinden sich der frühere Polizeikommissar Nikolajew und ein Redakteur Solme. Die in Helsingfors wohnenden Schweden verurteilen diese Abschlachten. Die Roten Garde haben auch den ganzen Goldvorrat der finnischen Bank weggeschleppt.

Der Kampf um Helsingfors.

Karlsruhe, 4. Febr. Laut einer Helsingforser Drahtung melden die „Times“ aus Helsingfors: Vier Stunden vor Helsingfors haben die Kämpfe zwischen den bolschewistischen und den finnischen Truppen begonnen. In Helsingfors hört man den Kanonendonner. Die finnischen Truppen umschließen Helsingfors von der Landseite. Gel Wägen sind die bolschewistischen Truppen gescheitert worden.

Eine Verurteilung englischer Flieger.

Berlin, 3. Febr. (M.B. Antlitz) Zu der in der deutschen Presse gemachten Verurteilung der englischen Allgelehrten Schütz und Weisling wird nach folgendem berichtet:

Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugschiffen auszuweisen Indots hinter den deutschen Bogen des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England nicht abgeworfen, um durch militärische und politische Schilferung unsere Truppen zum Überlaufen zu verführen. Da bereits im März 1916 zwei deutsche Offiziere von der Entente wegen des Abwurfs von Flugblättern vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt worden waren, ein Urteil, das später allerdings in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden ist, da ferner Frankreich anerkannt hat, es müßte deutsche Fliegeroffiziere, die Flugschiffe hinter den französischen Linien abwürfen, bei Gefangennahme vor ein Kriegsgericht stellen, werden als Vergeltungsmaßregel nunmehr die beiden englischen Flieger vor ein deutsches Militärgericht gestellt. Sie wurden des neuesten Kriegsverrats für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Rationierung in Frankreich.

Paris, 4. Febr. Nach Erörterung der Interpellationen über die Brotfrage und die Lebensmittelversorgung, wobei besonders an dem System der gleichmäßigen Verteilung von 300 Gramm Brot auf den Kopf Kritik geübt wurde, führte der Minister für Lebensmittelversorgung in der Kammer aus: Die Einschränkungen sind notwendig infolge der ungenügenden Lonnage, die zur Verfügung steht. Es ist besser, sich einzufügen, ehe die Notwendigkeit eintritt. Der Minister erinnerte daran, daß die Brotfrage von 300 Gramm weit höher sei als die in allen anderen Ländern Europas, und wenn er von Frankreich verlange, daß es sich einige Entbehrungen auferlege, so grüße dies, um den Bundesgenossen zu beweisen, daß Frankreich Opfer bringe, um sich eine Genesung zu erhalten. Er schloß mit einem Appell an den Geist der Opferwilligkeit des Landes. Die Kammer nahm durch Handaufheben eine Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie die Frage der Brotversorgung mit Hilfe geeigneter Maßnahmen lösen werde.

Rechnet Frankreich auf Frieden?

Schweizer Grenze, 4. Febr. Die „Rösch. Post“ berichtet: Einer Reihe von Munitionsfabriken in der Schweiz sind von der französischen Regierung neuerdings die Munitionsbefreiungen auf 1. März gekündigt worden. Da in Frankreich selber Munitionsfabriken den Betrieb einstellen, in Marseille sogar eine solche mit 1500 Arbeitern, so nimmt man an, daß Frankreich nunmehr auch mit einem baldigen Kriegszustand rechnen.

Ein Aufruf zur Befreiung Indiens.

Stockholm, 1. Febr. (M.B.). Das europäische Zentralkomitee der indischen Nationalisten in Stockholm hat an den Kongress der englischen Arbeiterpartei in Nottingham telegraphisch einen Aufruf zur Befreiung Indiens gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Kein wirklicher Friede ist möglich, bevor nicht die Welt zur Einheit gelangt ist, daß der Krieg durch den aggressiven Imperialismus der Großmächte hervorgerufen worden ist und daß England hierbei der aktivste, rücksichtsloseste und erfolgreichste Verbrecher ist. Mit der traditionellen Feindschaft der britischen Politik verhängen Sie weiter, daß sie für die Rechte der Demokratie und der Freiheit der unterdrückten Nationen kämpfen. Jeder Land hat niemals für die Freiheit der Welt gekämpft, sondern bloß um für seine eigene Freiheit andere Länder erobern, betrügen, ausrauben und explodieren zu können. Wenn Sie wünschen, daß die Welt der Aufrichtigkeit Ihrer Reden von Freiheit und Demokratie Glauben schenken soll, so macht ein Ende dem brutalen Exploitationsregiment, das jahrhundertlang Millionen von Menschen in Indien und Ägypten in Armut, Unwissenheit und Erniedrigung erhalten hat. Sie können nicht verlangen, daß andere Nationen ihre unterdrückten Völker befreien sollen, bevor Sie nicht die Eurigen freigegeben haben. Snowden hat schon darauf hingewiesen, wie heuchlerisch ein Friedensschluß laut den Prinzipien „keine Kationen“ sein muß, wenn dabei nicht

der indischen, indischen und ägyptischen Frage die gleiche internationale Bedeutung eingeräumt wird wie der polnischen, finnischen usw. Aber einige Arbeiterführer wie Genderson und Ramsay MacDonald handeln nur im Auftrag der Kapitalisten und Imperialisten, wenn sie bloß Reformen für Indien vorschlagen. Indien bedarf keiner Reformen unter britischer Herrschaft, sondern einer revolutionären Umwälzung. Es liegt im Interesse der arbeitenden Klassen Englands, mit uns zusammen für das Zustandekommen einer solchen Revolution in England wie auch in Indien zu arbeiten. Reformen und Home-Rule-Vorschläge können den Tag der Ausräumung bloß hinausschieben, aber er muß kommen. Bevor nicht Indien seine volle Freiheit erhalten hat, über sein Schicksal selbst zu bestimmen, wird das britische Volk die Segnungen des Friedens nicht genießen können, ebensowenig wird Britannien je aufhören, die unermesslichen Reichtümer Indiens zu benehmen, um den Weltfrieden zu sichern durch Anfalls- und Eroberungskriege. Wir wenden uns darum an Euch, damit Ihr den entscheidenden Schritt tun mögt, die Befreiung Indiens, Irlands und Ägyptens zu verlangen.

Zu Feldmarschällen ernannt.

Wien, 3. Febr. (M.B. Nichtamtlich) Aus dem Kriegsviertel wird gemeldet: Der Kaiser hat die Generalobersten von Böhm-Grünell und Borowicz zu Feldmarschällen ernannt.

Das Ende des Streiks.

Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet: Die weitens größte Mehrheit der Streikenden lehnte heute zu ihren Arbeitsstätten zurück. In zahlreichen Zusammenkünften der Streikenden, die gelben Kartons, ging die Meinung dahin, am Montag früh um 7 Uhr wieder zur Arbeit zurückzugehen. Verfammlungen wurden nicht abgehalten. Rechner traten nicht auf und es konnten infolgedessen auch Beschlüsse nicht gefaßt werden. Die Vertrauensmänner der Streikenden waren der Ansicht, daß auch die Arbeiter in den militärisierten Betrieben, einzel ob Beurlaubte oder Reklamerte, die Arbeit wieder aufnehmen sollen.

Keine Einberufung des Reichstages.

Zur Antwort auf seinen Antrag, den Reichstag sofort einzuberufen, hat der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende vom Reichstags-Präsidenten Dr. Kämpf folgende Mitteilung erhalten:

„Meber Ihren Antrag auf Einberufung des Reichstages habe ich die Herren Vorsitzenden des Zentrums, der National-Liberalen, der Christlich-Sozialen, der Deutschkonfessionellen und der Deutschen Fraktion befragt. Sämtliche Herren haben sich gegen Ihren Antrag ausgesprochen. Ich nehme daher von der Einberufung des Reichstages Abstand.“

Beschränkte Maßnahmen gegen Streiks.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Kurz nach Kriegsausbruch tritten die Arbeiter in den Londoner, in den Maschinenfabriken von Southampton, im Elbe und anderen. Auch bei ihnen verhängen die Maßnahmen der Regierung nicht. Die Regierung bedrohte deshalb ihr Munitionsgeschäft, das alle Arbeiter und alle Fabriken unter Staatsaufsicht stellte. Damit sollte die Bedrohung von grobem Munitionsvorräten sichergestellt werden, deren angebliches Fehlen den Sieg über die Deutschen leicht verbürten hätte. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz gleich in allen drei Lesungen an. Doch auch der deutsche Reichstag nach den Erfahrungen dieser Woche für eine detaillierte Kontrolle Verhängnis aufdrückte, sollte auch den Parteien nicht verbergen sein, die jetzt dringender noch verlangen, daß das Parlament zusammensteht. Wenn die Sozialdemokraten meinen, die Zeit sei günstig, um lange Reden zu halten und politische Forderungen zu vertreten, so könnten sich vielleicht die anderen Parteien zu einer Tat entscheiden, die den Einbruch der Vorparlament der letzten Woche vermehren könnte.

Zu dieser Auslassung des öffentlichen Organs bemerkt das „Vormärts“:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt sich, wenn sie erwartet, daß von einem solchen Spiel mit geschweherten Maßnahmen eine einschüchternde Wirkung auszuüben könnte. Die Wirkung wird eine ganz andere sein. Die Rechte wird nämlich nach dem ihr zugeworfenen Eider gleich schmecken denn eine bessere Gelegenheit für sie kann es ja gar nicht geben. Es steht jetzt ihre höchsten Taktiken der Erfüllung entgegen. So stehen augenblicklich die Dinge. Für die Sozialdemokratie aber heißt es: Der alte Kurs wird weiter getrieben. Sie lohnt es ab, für Dummheiten verantwortlich gemacht zu werden, die sie nicht verhindern kann, und für die Folgen, die diesen Dummheiten notwendigerweise entspringen. Einmalen heißt sie, daß nach der Hebung der ersten physischen Einwirkungen noch langsam wieder die Vernunft zu Worte kommen wird.

Der Streik darf nach den heute vorliegenden Bedingungen in Groß-Berlin so gut wie beendet gelten. Den Arbeitsschleichen der kleineren und mittleren Betriebe haben sich nunmehr auch die Arbeiter einer ganzen Anzahl großer Fabriken angeschlossen. Auch in den unter militärischer Aufsicht gestellten Werken ist die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen worden.

Im „Berliner Volksanzeiger“ war gesagt worden, es seien in den sieben militärisierten Betrieben Groß-Berlins bereits Arbeiter eingesetzt worden. Das ist nicht richtig und kann schon deswegen nicht richtig sein, da in der Berechnung erst der heutige Montag als Stichtag für eine detaillierte Maßnahme angegeben worden war. Die Erörterung über diesen Punkt ist schon deshalb überflüssig, weil, wie der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt, in den militärisierten Betrieben wieder voll gearbeitet wird.

Verurteilung Dittmanns.

Berlin, 4. Febr. (M.B.) Der angeklagte Reichstagsabgeordnete Dittmann wurde unter Zustimmung mildender Umstände und unter Berücksichtigung der erfolgten Gefangenschaft wegen

versuchten Landesverrat in Tateinheit mit Verrath gegen
sich als des Verrathsgeheimen zu fünf Jahren Gefängnis und
wegen Verraths gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten
Gefängnis verurteilt.

Die Frankfurter Zeitung und der Streik.

Unter der Überschrift „Ein weißer Raub“ liest man in der
unabhängigen, an Mobilität nicht zu überbietenden „Deip-
ziger Volkszeitung“: „Das einzige bürgerliche Blatt, das, ob-
gleich es die Streikbewegung an sich ebenso wie die übrige bür-
gerliche Presse — wenn auch in gemäßigter Form — unter-
stützt, ist die „Frankfurter Zeitung“. Die sie auch für die Gründe
des Streiks ein gewisses Verständnis bewiesen hat.“ Wir wissen
nicht, ob die „Frankfurter Zeitung“ noch Gemäßigtheit
genug besitzt, doch ihr bei jedem Rob von jeder Seite die Mä-
ste ins Gesicht fliegen. Wie sehr sie dieser Gemäßtheit aber würdig
ist, beweist ihr Verhalten aus dem „Hinterblick“ vom 1. Februar,
dessen Anfangssatz hier wiedergegeben sei, da er für sich
selbst spricht. Es heißt dort:

„In der Berliner Streikbewegung ist die Wendung ein-
getreten, die bei der völligen Antipathie der politischen
Regierung und bei der um so lebhafteren Tätigkeit des mili-
tären Befehlshabers mit steigender Sicherheit vorauszusagen
war. Statt der Erregung der Massen Gentile zu öffnen, hat
diese entsetzliche Behandlung den Streikenden gerade alle Wege
zu ruhigen Einlenken und zur Selbstbesinnung verwehrt.
Wenn die Streikaufrührer auf die Versammlungslösung
gekommen, alle Versammlungen und Versammlungen und eben-
so auch die Arbeiterpresse verboten werden, wenn so der mi-
litärische Einfluss der Führer nahezu völlig ausgeschaltet wird,
dann hat niemand ein Recht, sich zu verwundern, wenn die
immer mehr gereizten Ausschüsse den Weg auf die Straße
nehmen. So ist es geschehen zu Beginn des Streiks; es ist
ihnen gelungen, Versammlungen und weitere Ausübung der
bürgerlichen Freiheiten hat die Antwort gewesen. Und nun
wird das Ausland erst recht zusehen, werden die gegenwärtigen
Regierungen erst recht mit aufbegehrenden Vorstellungen die
Kriegsminister ihrer Väter anzuklagen haben: Ist, dank
dieser geistlosen Leistungen unserer politischen Stellen, wird
mit verdoppelter Glaubwürdigkeit die „deutsche Revolution“
in Bestand kommen ebenso wie in allen leidenden Hauptstäd-
ten gegen uns angesetzt werden — wahrhaftig, eine furcht-
bare Politik!“

In den weiteren Ausführungen wird dann festgestellt,
dass die Forderungen der Streikenden für Verhandlungen mit
der Regierung sicherlich kein Hindernis gebildet hätten, Forderungen,
deren nicht zu übersehende Schamlosigkeit das Blatt als
„Dummheiten“ zu entbehren sucht. Es bezeichnend dann
der „Frankfurter Zeitung“ wegen ihrer sehr gelassenen Stel-
lungnahme gegen die Sozialdemokratie, dass sie „sehr richtig“
gemessen sei und erwidert im weiteren nach reichlicher Mühe an
die „Menschen“ der Herren von Redebach bis Ebert. In
welchem Jahressatz sich das Blatt zu seiner Haltung bewegt,
erhebt am besten aus einer kleinen Gegenüberstellung. Am
gleichen Tage, an dem es diesen letzten Artikel produzierte, heißt
es in der als radikal bekannten sozialdemokratischen Frankfurter
„Volksstimme“:

„Es steht darnach aus, als sei sogar ein Kompromiß
möglich geworden. Das Verhalten der Regierung zeigt klar,
dass der Versuch, der aus heillosen Situationen den Ausweg
der Verständigung findet, bei ihr nicht zu Hause ist. Der
Hochmut eines Subalternen, der mit Formeln die Welt
regieren will, rettet sie ihre Abweisung jeder Verhandlung
mit Vertretern der Streikenden ganz ins Feuer; dieselbe
Wendung ging aus von gewissen politisch-militärischen Maß-
nahmen, so von dem Versammlungsverbot, das bis zur Reu-
nung des Berliner Gewerkschaftshauses getrieben wurde.
Reber geordnete Ausmarsche und Verhandlungsmöglichkeit
kennet, heisst das Wort auf die Straße, die Revolte ist da.
Es steht Blut. Dieser ganz besondere Satz ist sehr gewöhn-
lich geworden, Blut fließt im Weltkrieg wie Wasser.“

Es ist denn doch bezeichnend, dass zwischen diesen beiden
Wörtern in einer Angelegenheit, wie der Streik sie darstellt,
in der es nur eine Entscheidung für und gegen die unüberwindlichen
Interessen gibt, nicht einmal ein Unterbleiben auch nur des Ton-
geheimnisses denn der Auffassung festzustellen ist. Dass der „Frank-
furter Zeitung“ das deutsche Vaterland gleichgültig ist, nimmt
uns nach der Veron seines Gründers, dessen Name ja heute
noch an der Spitze des Blattes prangt und nach seinen Mitarbeiter-
n nicht Wunder. Ihr ist es schließlich um die Partei zu tun
und damit in Zusammenhang mit der Macht. Ihr hängt
lauer, dass die kaiserliche Mehrheit des Reichstages durch Schuld
der kaiserlichen Sprünge der roten Reiter auseinanderfallen
könnte und deshalb reißt sie sich die Zähne wund, um die Na-
tional der Sozialdemokraten am Streik zu bewachen. Wir haben
schon einmal gesagt, wie die „Volksstimme“ den Streik als
Friedenshüter zwischen den feindlichen Vätern Scheidemann
und Ebert geliebt hat. Verraten ist es auch eine Rede, die der
zu Scheidemann Richtung gehörige Reichstagsabgeordnete
Dr. Dautz gehalten hat. Herr Dautz selbst selbst nicht zu den
„Ansprüchlichen“, denn er war in der Wahl seiner Zeit, was so
viele dieser roten „Idealisten“, sehr sehr vorzüglich und be-
wusst eine Wille in der Jugend „lediger Schweine“, also dieser
Abgeordnete hielt am Mittwoch im Zoologischen Garten eine
Rede; die „Volksstimme“ berichtet darüber und über die Aus-
führungen der folgenden Redner:

„Aus ihren Ausführungen liess die feste Entschlossenheit
und der Wille, wenn die Regierung nicht ganz bald die For-
derungen des Volkes nach klaren Kriegsgesetzen, Frieden und
Freiheit erfüllt werden sich die Volksmassen ihr brennendes
Schmerz erzwingen. Es kam die ungeheure Sympathie mit
den streikenden Brüdern in Berlin und den anderen Orten
zum Ausdruck und jede dieser Erregungen wurde vom für-
mischen Beispiel der Massen von Versammlungsbühnen be-
gleitet. Man sagt nicht zuviel, wenn man überall heraus den
brennenden Wunsch vernimmt, auch in Frankfurt in den Streik
einzutreten. Immer wieder brach der elementare Widerwil-

len gegen die Regierung und die Verzweiflung gegen die Kriegs-
verlängerer hervor.“

Das sind die Leute, vor die die „Frankfurter Zeitung“
ihren schützenden Schild hält. Sie hat sich mit dieser Handlungs-
weise vollkommen außerhalb der gesamten bürgerlichen Presse
gestellt, denn selbst in den radikalsten Blättern der bürgerlichen
Linken ist solche Auffassung und Sprache nicht zu Raum gekom-
men. Man wird sich ihrer Bundesgenossenschaft mit der „Deip-
ziger Volkszeitung“ zu gebührender Zeit zu erinnern haben.

Die wankende Reichstagsmehrheit.

Die „Germania“, bekanntlich das Organ des Reichstags-
links, schreibt: Zwischen Scheidemann und Haack erscheint das
geschnittene Tischmesser über Nacht so funktionslos wieder repariert,
dass alle Unterschiede zu vernichten brächen. Wird diese neue
Freundschaft nun in Geltung bleiben und auf Kosten welchen
Kurses soll das geschehen? Die Frage interessiert natürlich
alle bürgerlichen Parteien. Eine Klärung kann in diesem
Punkte am allerwenigsten entfallen werden. Diese Klärung
wird aber dann nicht dadurch erfolgen können, dass man etwa
nach den Regeln, wie sie in diesen Tagen ein Teil der sozial-
demokratischen Presse verwendet, die Verantwortung einfach in
Paris und Bogen den herrschenden Massen aufbürdet. Ein sol-
ches Verfahren mag sehr bequem sein, es reicht aber uns nicht
aus, als namhafte Führer der Sozialdemokratie beider
Richtungen in den letzten Tagen den Klassenkampf innerlich
ausgelöscht hatten und zwar an Stellen, die sich nicht ver-
weilen lassen. Die Sozialdemokratie beider Richtungen stand
dem Ausbruch der Streikbewegung nicht nur gänzlich unbe-
teiligt gegenüber. Nein, der Ausbruch selbst fand auch minde-
stens ihre Führer in einer Einmütigkeit zusammen, die wir
seit der großen Spaltung innerhalb der Partei niemals mehr
erlebt hatten.

Generallandwirtschaftsdirektor Kapp gewählt.

Wilmshausen, 2. Febr. (WB.) Bei der heutigen Reichs-
tagssitzung im Reichstagsgebäude in Berlin an Stelle
des konservativen Abgeordneten Reichstagsrat Kapp wurde
bis gegen 11 Uhr abends das Ergebnis aus 212 von ins-
gesamt 242 Wahlberechnungen bekannt. Es wurden von 11687
Wahlberechtigten 4555 gültige Stimmen abgegeben, davon
für Generallandwirtschaftsdirektor Kapp (kons.) 4545; gerich-
teter waren 100 Stimmen. Die Wahl vollzog sich im Zeichen
des Burgfriedens.

Wo wird verteuert?

Die Stadt Weimar erhöhte vom 1. Januar den Ver-
braucher den Milchpreis von 33 auf 40 Pf. je Liter, zahlt
aber den Milchproduzenten von Weimar und Umgebung nur
den früheren Preis von 32 Pf. frei Verkaufsstelle in W.
weiter. Es werden also lediglich für das Umlegen der
Milch aus den Verkaufsstellen der Erzeuger in die Hände der
Empfangsberechtigten 4 Pf. je 8 Pf. je Liter berechnet,
die von dieser Preissteigerung betroffenen Verbraucher werden
aber wahrscheinlich doch auch bei dieser Seltenheit in die
demokratischen Schmachtdreden auf die „agrarischen Ver-
teuerungen“ einfließen, obwohl diese an der Preisverteuerung
ganz unschuldig sind.“

Anmerkung der Schriftl.: In Frankfurt a. M. ist die
Spannung zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis noch
größer.

Vom Felde der Ehre.



Nieder-Wilmshausen. Dem Unteroffizier Ernst Ambros
der schon seit Kriegsbeginn ununterbrochen im Felde bei
einer Maschinengewehr-Abteilung diente, wurde das
Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen. Die Gefährliche
Tatferleumdelle und das Gefährliche Kriegerehrenzeichen
erhielt er schon früher. Herzlichen Glückwunsch!

Koblenz v. d. S. Das Eiserne Kreuz erster Klasse
wurde dem Rentner der Reserve E. Will verliehen.

Aus der Heimat.

Landwirtschaftliche Versammlung. Während des Krieges
mühte naturgemäß die landwirtschaftliche Versammlungstätig-
keit erheblich eingeschränkt werden. In vielen Kreisen der
Landwirtschaft besteht aber das Bedürfnis, nähere Mitteilun-
gen zu erhalten über Fragen, die für die Landwirtschaft wach-
send und nach dem Krieg von besonderer Bedeutung sind. Die
durch die Verhältnisse bedingten Schwierigkeiten im landwirt-
schaftlichen Betrieb haben ebenfalls das Bedürfnis zu einer
Ausprache der Landwirte mit ihrer landwirtschaftlichen Ver-
treterversammlung hervorgerufen. Hierzu ist in einer von der
Landwirtschaftsministerialkommission am nächsten Donnerstag, den 7. Febr.,
abends 8 Uhr, im Turnsaal der Anglistenschule (Gym-
nasium) zu Friedberg stattfindenden landwirtschaftlichen Ver-
sammlung, zu der alle Landwirte eingeladen sind, Gelegenheit
genommen.

Gesellschaftliches. In Simbach, Kreis Wilmshausen, wurde
in Anwesenheit des Oberkreises 2. Febr.-Friedberg eine So-
zials- und Abfahrgesellschaft m. b. H. gegründet, welcher eine
Anzahl Landwirte beigetreten ist. Zum Direktor wurde
Gemeinderat Herr v. d. S. und zum Kassier Herr v. d. S.,
bisher schon Rentner der Spar- und Darlehenskasse, gewählt.

Oberrhein. Eine junge Peter verlor gestern zahl-
reiche hiesige Einwohner bei Goltz bei Rupp. Bekannt-
lich hat unser Bürgermeister Kilm am 1. Jan. sein 25-
jähriges Dienstjubiläum gefeiert, aus diesem Anlass wurde ihm
gestern ein kunstvoll gearbeiteter Esel unter entsprechender
Ansprache überreicht. Die Nachfeier fiel mit den 25jährigen
Dienstjubiläum unseres allverehrten Beigeordneten Herrn
Kemp zusammen, der diesen seinen Ehrentag am 2. Februar

begangen hat. Ihn wurde ein schöner Blumenstrauß mit ent-
sprechender Widmung übergeben. In gemütlicher Unterhaltung
blieb man recht lange beisammen.

FC. Büdingen, 2. Febr. Da die Wagnermeister im
Kreise einstimmig klage darüber führen, dass ihnen die Ver-
schaffung des notwendigen Holzes nur unter den größten
Schwierigkeiten und zu horrenden Preisen möglich ist, dass
sie nicht bestehen können, wies das Kreisamt die Bürger-
meisterei an, im Interesse der einheimischen Landwirtschaft
die Wagnermeister des Kreises aus den Gemeindegemarkungen
mit dem benötigten Holz zu angemessenen Preisen zu ver-
sehen.

FC. vom Main, 3. Febr. In dem Waldschlichterstreik
gegen den Viehrentenbesitzer Heinrich Gehring in Loh-
furt wurde gestern von der Strafkammer Würzburg das
Urteil gefällt. Gehring erhielt eine Geldstrafe von
75.000 Mark. Während der Verhandlung wurden diebstahl-
geprüft. In der ersten Verhandlung, deren Urteil das
Rechtsgericht aufgehoben hatte, war Gehring zu 135.000 Mk.
verurteilt worden.

Aus Rheinhessen.

FC. Jagdverordnungen. In Alzen hat sich eine Jagd-
gesellschaft gegründet die beabsichtigt, bei der Stadtverordneten-
versammlung vorzulegen zu werden, die zur Veranlassung aus-
geschriebene Alzen Jagd freibändig zu pachten, am das
erlegte Wild dazugewinnig in Alzen zu behalten. Die Stadt-
verordnetenversammlung hat nun einstimmig beschlossen,
die Jagd nicht freibändig zu vergeben. — Die Gemeinde-
jagd in Bodenheim wurde auf neun Jahre an den Bau-
unternehmer Strauß für 2887 Mark pro Jahr ver-
pachtet. Die jährliche Jagdveranlassung betrug 1000 Mk.
— Die Jagd in Salmgraben wurde für jährlich 1300 Mk.
verpachtet. Hier betrug der jährliche Jagdpreis 400 Mark.

Aus Aachen.

FC. Aachen, 3. Febr. Einem Schleifhändler aus der
Rhein wurden am hiesigen Bahnhof 100 Pfund Butter und
200 Stück Eier beschlagnahmt, die nach Frankfurt a. M. ge-
bracht werden sollten.

Aus Hessen-Nassau.

FC. Wiesbaden, 3. Febr. Der Kriegsausschuss der
Handelskammer beschloss einstimmig, dass die Handels-
kammer auf ihrem Standpunkt beharrt, der betreffend des
Unterrichts in der kaufmännischen Fortbildungsschule zu
Wiesbaden dahin geht, dass der Fortbildungsschulunterricht
gestrichen bleibt. — Wegen Gründung einer Nassauischen
Siedelungs-Gesellschaft m. b. H. Wohnungs- und Industrie-
Anschaffungsfrage für die Zeit nach dem Kriege beabsichtigt
der Ausschuss, dass die Handelskammer von einem Beirath
zu der geplanten Siedelungsgesellschaft zunächst Abstand
nehme. Dem Unternehmen jedoch im weitesten Maße durch
entsprechende Einwirkung auf die industriellen und Han-
delskreise des Bezirks weitestgehende Forderungen zu teil
werden lassen wenn jedwede Bodenveräußerung dabei aus-
geschlossen werde. Eine Kommission wurde beauftragt die
einschlägigen Fragen weiter zu prüfen, sowie auch die
Frage der Fürsorge für kleine Geschäftsleute nach dem
Kriege.

FC. Wiesbaden, 1. Febr. Während der Reise in die Hel-
mat verlor auf See bei Porencez Morques der Königlich
Preussische Eisenerzschmelzer in Wiesbaden lebte und die
Rheinbahn Wiesbaden-Niederkassel mitehorte. Der Ver-
storbene war zunächst als Ingenieur in Darm tätig. Von 1895
bis 1901 baute er die Bahn Tringau-Kranichau, von 1903
bis 1904 war er an der Heilsbrunn tätig. In demselben
Jahre noch wurde er Generaldirektor der Siamischen Staats-
bahnen, wo er 1917 nach der Kriegserklärung Siam aus Deutsch-
land interniert wurde. Vor einigen Wochen aus der Gefangen-
schaft entlassen, schiffte er sich nach Deutschland ein, um bei
seinen hiesigen Verwandten Aufenthalt zu nehmen. Da zeitlich
ihm der Tod.

FC. Wiesbaden, 1. Febr. Die Stadtverordneten bewilligten
als Beihilfe aus den hiesigen Kreiskassen Rat bisher 1000
Mark 2000 Mark, und zur Unterhaltung der Handwerks-
schule für Diebstahlgebe ein Zuschuss von 2000 Mark. Es be-
schlossen weiter die Uebernahme der Gewerkschule aus der
Verwaltung des hiesigen Holzgewerkschafts in die hiesige
Verwaltung. Auf Wunsch des im Felde stehenden Stellvertre-
tenden Stadtverordnetenvereins des Jahresatzes Siebert wurde für
die Dauer seiner Abwesenheit der Stadtverordnete Geheimrat
Friesen gegen eine Stimme gewählt.

FC. Weilburg, 3. Febr. Die Stadtverordneten be-
schlossen den Beitritt zu der in der Bildung begriffenen
Nassauischen Siedelungsgesellschaft m. b. H., die den
Kleinrentenbau für Arbeiter, Handwerker und kleinere
Beamtene aufsteht, beizutreten und bewilligte hierzu die
Summe von 5000 Mark.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Stadtkirche.
Mittwoch, 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Kriegsanhalt.
Herr Pfarrer Diehl.

Arbeitsmarktanzeiger des Kreisarbeitsamtes u. d. Hilfsdienstamtes Friedberg.

Offene Stellen:

1 Knackschmied, 6 Schneider, 1 Schweinefütterer, 2 Wer-
ter, 1 Knecht, 1 Wollschneider, 1 Tagelöhner, 6 Dienstmädchen, mehrere
Heldmädchen, 5 Hausmädchen, 1 Köchin, 2 Haushälften, 1 Ver-
seuerer und 2 Lehrlinge für Lurus- und Spielwarenbranche.

Stellenfuchende:

Mehrere Arbeiterfamilien und ledige Arbeiter, 1 Frau für
Küchenarbeit, 1 Köchin in größerem Betrieb.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto
Sichel, Friedberg; für den Angelegenheit: R. Heyner,
Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“,
A. G. Friedberg i. S.

